



RÜCKKAUF DER NETZE

VOLKSENTSCHEID HÄLT NICHT, WAS ER DEN MENSCHEN VERSPRICHT

INTERVIEW MIT DR. ANDREAS DRESSEL, VORSITZENDER DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

Parallel zur Bundestagswahl findet am 22. September auch die Abstimmung über den Rückkauf der Energienetze statt. Was genau steckt dahinter?

Die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Net“ will, dass alle drei Energienetze – für Strom, Gas und Fernwärme – wieder zurück in städtisches Eigentum gehen.

Was spricht dagegen?

Wenn man sich die zur Abstimmung stehende Frage der Volksinitiative durchliest, denkt man zunächst: Hört sich ja gut an, haben ist doch besser als nicht haben. Wir sollen die Netze „übernehmen“, heißt es in der Volksinitiative – klingt gut. Das Wichtigste aber, die Kosten für dieses Vorhaben, bleiben völlig ausgeklammert. Und tatsächlich würde das eine sehr teure Angelegenheit werden. Seriöse Schätzungen gehen von 2 bis 2,5 Milliarden Euro aus. Das bedeutet also einen ganzen Haufen neuer Schulden für unsere Stadt. Die Hamburgerinnen und Hamburger müssen sich gut überlegen, ob sie das wollen. Ich glaube, dass es Themen gibt, die für die Menschen in der Stadt wichtiger sind, wie zum Beispiel Wohnungsbau oder Kinderbetreuung.

Das Hauptargument des Volksentscheides ist, dass sich der Rückkauf finanziell rentieren würde. Stimmt das?

Mir wurde schon viel erzählt, was für todsichere Geschäfte es alles gibt – das hat man bei der HSH Nordbank auch gesagt. Auch die Elbphilharmonie sollte mal deutlich weniger kosten. Fakt ist: Es gibt eine strenge Regulierung bei den Netzentgelten und damit den Erlösen, die Finanzierungs- und Investitionskosten müssten bestritten werden. Da kommen viele Parameter zusammen, die die Gewinne drücken – außerdem trägt die Stadt das volle unternehmerische Risiko. Die Vorstellung der sprudelnden Gewinne, die hier verbreitet wird, kann ich jedenfalls nicht unterschreiben.

Hätte der Netzurückkauf einen energiepolitischen Mehrwert?

Keineswegs so, wie es uns die Volksinitiative verspricht. Dort wird der Eindruck erweckt, dass man über das Eigentum an

Kabeln und Rohren Energiepolitik machen kann. Die Musik der Energiewende spielt aber an beiden Enden der Leitungen – bei der Erzeugung und beim Kunden. Die Volksinitiative spricht außerdem von „sozial gerechter“ Energieversorgung und suggeriert niedrigere Strompreise. Wie der Rückkauf für günstigeren Strom sorgen soll, steht aber in den Sternen. Im Gegenteil: Wegen der riesigen Kosten muss man eher von höheren Netzentgelten und damit von steigenden Strompreisen ausgehen. Es gehört ebenfalls ins Reich der Märchen, wenn der



Eindruck erweckt wird, dass man mit dem Eigentum an den Netzen erzwingen kann, dass nur „guter Ökostrom“ durch die Netze geht. Das ist rechtlich gar nicht möglich, jeder Strom muss durchgeleitet werden. Es ist wegen der engen Vorgaben des Energie- und Vergaberechts sogar möglich, dass der Stadt zwar die Netze nach einem Rückkauf gehören, aber wir nicht Inhaber der Konzession für den Betrieb sind. Diese muss diskriminierungsfrei ausgeschrieben werden. Schon andere Kommunen sind vor Gericht krachend gescheitert, als sie die Netzkonzession nach einer Rekommunalisierung einfach an sich selbst vergeben wollten. Diesen Schildbürgerstreich sollten wir uns im wahrsten Sinne des Wortes ersparen!

Der SPD-Senat und die Bürgerschaftsfraktion sind gegen den vollständigen Rückkauf. Zugleich hat sich Hamburg aber mit 25,1 Prozent an den Netzen beteiligt. Wie passt das zusammen?

Uns ging es um einen strategischen Anteilserwerb. Wir haben damit die beiden

großen Versorger in die Pflicht genommen, gemeinsam die Energiewende in Hamburg zu stemmen. Dabei haben wir eine garantierte Gewinnausschüttung. Sie ist nicht riesig, aber ohne Risiko und sie deckt die Kapitalkosten ab. Durch die Energiekooperation nehmen wir direkt Einfluss auf die Energiewende, ohne selbst das unternehmerische Risiko zu tragen. Die Stadt kontrolliert und entscheidet mit. 1,6 Milliarden Euro Investitionen in die Energiewende sind allein mit den beiden größten Energieversorgern verabredet. Wir haben eine gute, vermittelnde Position eingenommen. Damit bewegen wir sehr viel mehr als man jemals mit 100 Prozent der Netze rausholen würde.

Was passiert, wenn der Volksentscheid gewinnt?

Das wird ein großes Kuddelmuddel. Wenn der Volksentscheid durchkommt, dann werden die jetzt getroffenen Vereinbarungen wieder komplett zurückgefahren. Dann stehen wir in Sachen Energiewende wieder bei null.

Gleichzeitig stehen wir auch am Beginn von jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen mit den Versorgern. Denn wie die Übernahme gehen soll, darüber schweigt der Volksentscheid, obwohl er ja eigentlich Bürgerschaft und Senat zu etwas verpflichten soll. Niemand sollte glauben, dass Hamburg nach einem erfolgreichen Volksentscheid automatisch in den Besitz der Netze kommt. Trotzdem werden wir das respektieren müssen, denn Volksentscheide in Hamburg sind verbindlich. Deswegen weisen wir auf die Risiken und Nebenwirkungen hin. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass sich die Hamburgerinnen und Hamburger am Ende mehrheitlich gegen diesen finanz- und energiepolitischen Irrweg aussprechen: Viele wollen keine 2 Milliarden Euro neuer Schulden. Viele wollen – wie bei der Elbphilharmonie – keine weiteren Großprojekte, bei denen wir Steuerzahler die Folgen nicht wirklich abschätzen können. Denn klar ist: Der Volksentscheid hält nicht, was er den Menschen verspricht.

NAHD DRAN
Der Talk am Sonntag

**RÜCKKAUF
DER NETZE –
NICHT MIT
UNSEREM GELD**

9. JUNI | 11 UHR

Kurt-Schumacher-Haus
mit
PETER TSCHENTSCHER,
Finanzsenator der
Freien und Hansestadt
Hamburg

Anmeldung unter
doreen.kerinnis@spd.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die Hamburger SPD werden in diesem Jahr 150 Jahre alt. 150 Jahre – Welch eine lange Zeit, Welch eine lange Geschichte! Das Jubiläumsjahr ist etwas Besonderes, etwas Einmaliges, denn keine andere deutsche Partei kann auf eine solch lange Tradition zurückblicken.

Der Blick in unsere Vergangenheit, auf unsere vielfältigen geschichtlichen Erfahrungen, dient dazu, über unsere politische Arbeit und die Herausforderungen der Gegenwart nachzudenken und Lösungen zu finden. Wenn wir uns mit den schwierigen Anfängen der Organisation, mit Ausgrenzung und Verfolgung, mit Wahlerfolgen und langjähriger Regierungsarbeit, aber auch mit innerparteilichen Kämpfen, Niederlagen und falschen Einschätzungen beschäftigen, dann tun wir das nicht zum Selbstzweck, sondern um aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen.

Der Geburtstag ist Anlass zur Freude, der uns Sozialdemokraten mit Stolz erfüllt und den wir gebührend feiern. Zahlreiche Veranstaltungen in Hamburg und ganz Deutschland beleuchten auf unterschiedliche Weise das Gründungsjahr und die Entwicklung der SPD. Mit den Rundgängen „Die Hamburger Erinnerungsorte der Sozialdemokratie“ machen wir die Geschichte der Hamburger Sozialdemokratie für alle Interessierten erlebbar und „begehrbar“ und der international beachtete Festakt in Leipzig oder das bevorstehende Deutschlandfest am 17. August in Berlin wirken weit über die Parteigrenzen hinaus.

Im Jahr der Bundestagswahl können wir so die Gelegenheit nutzen, auf die wichtigen Errungenschaften der vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hinzuweisen und gestärkt durch die Tradition unserer Partei in den politischen Wettbewerb treten. Damals wie heute gilt, wir setzen uns dafür ein, dass das Leben für die Bürgerinnen und Bürger ein besseres wird, mit der Chance auf Teilhabe und der Möglichkeit zur Verwirklichung der selbstgewählten Vorstellungen.

Euer

Olaf Scholz

VERABSCHIEDUNG DER LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN

UNSERE KARIN – STARK UND SOLIDARISCH!

VON DOREEN KERINNIS

Kaum zu glauben: Karin Timmermann ist seit Anfang Mai im wohlverdienten Ruhestand. Ihre Verabschiedung Ende April war ein Fest aller zu Ehren Karins – ihrer Person, ihren Verdiensten und auch ein bisschen für unsere Partei, die Dank Karin heute eine gemeinschaftlichere und solidarischere ist!

Tschüss sagen, das war Vielen wichtig.

Zurecht! Sieben Jahre lang prägte sie als unsere Landesgeschäftsführerin das Bild der Landesorganisation Hamburg. Dazu zählten die vielen Kampagnen, Bundestags-, Bürgerschafts-, Europa- und Kommunalwahlkämpfe und Volksentscheide aber auch die parteiinternen Wahlkämpfe. Hervorzuheben bleibt natürlich die Bürgerschaftswahl 2011 mit der absoluten Mehrheit – ein absoluter Erfolg für Karin!

Aber wir, die SPD Hamburg, waren nicht immer unkompliziert. Steuerfrau auf dem großen Schiff der SPD Hamburg zu sein, ist sicher, vor allem in stürmischen Zeiten, nicht einfach. Dennoch hat Karin, trotz aller Anstrengungen und Leistungen, sich selbst zurückgenommen und das große Ganze in den Vordergrund gerückt – zuerst die Partei, dann ich. Es gibt Jobs, die erledigt man, und es gibt Dinge, die macht man gerne. Bei Karin hatte man stets den Eindruck, sie macht es gerne, mit viel Herz und Engagement.

In ihrer humorigen, charmanten und immer auf das Wohl der SPD Hamburg ausgerichteten Art konnte Karin vermeintliche Probleme gut aufhalten und wieder ins rechte Licht rücken. Ironie statt Unfreundlichkeit, Lachen statt Streiten, das war es, was Karin auszeichnete. Damit erschienen ernste Lagen leichter. So baute sie Skepsis ab. Das brachte einander näher. Der Landesschatzmeister Christian Bernzen dankte ihr dafür in seiner Rede mit den richtigen Worten: „Es ist ganz wesentlich Karins Verdienst, dass die politische Kultur wieder zu einem Qualitäts-

merkmal der Hamburger Sozialdemokratie geworden ist.“

Selbstverständlich bedankte sich auch der Landesvorsitzende und Erste Bürgermeister Olaf Scholz bei Karin für die vielen Jahre der sehr guten Zusammenarbeit. „Als Landesvorsitzender habe ich mit dir gerne zusammengearbeitet und konnte immer das tun, worauf man am allermeisten angewiesen ist, nämlich vertrauen. Für dieses Vertrauen und für die Freundschaft bedanke ich mich“, so Olaf Scholz. In seiner bewegenden Rede machte er deutlich, welch großes Glück die Landesorganisation hatte, Karin



turbulenten Zeiten der SPD Hamburgs als Landesgeschäftsführerin gewinnen zu können. Karin hat das sehr gut gemeistert, so der Tenor.

Karin, du hast etwas bewegt in dieser Partei. Wir sind mit deiner Hilfe und deinem unermüdlichen Ehrgeiz einander näher gekommen. Mit großem Respekt vor deinen Leistungen sagen wir Dankeschön! Es hat Spaß gemacht mit dir! Wir wünschen dir alles Gute für die Zeit, die nun vor dir liegt, weiterhin viel Erfolg als Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft und freuen uns über jedes Wiedersehen mit dir!

LANDESBILDUNGSKONGRESS

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG

Bildung zählt zu den zentralen politischen Handlungsfeldern der SPD, sie schafft die Grundlagen für eine selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft und für Chancengleichheit. Wir stehen vor zahlreichen Herausforderungen, mit denen sich die Bildungsinstitutionen und ihre Vertreter/innen auseinandersetzen müssen. Mit diesem Landesbildungskongress, zu dem wir alle interessierten Mitglieder der SPD ebenso wie interessierte Nichtmitglieder ganz herzlich einladen, wollen wir zentrale Themen der aktuellen Diskussion aufgreifen und sowohl mit externer als auch mit Kompetenz aus Hamburg erörtern. Ziel des Kongresses ist es, den Spannungsbogen der unterschiedlichen Felder aufzuzeigen und vor dem Hintergrund sozialdemokratischer Grundpositionen mögliche Antworten auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen darzustellen.

Samstag, 8. Juni | 9.30–15 Uhr

**KURT-TUCHOLSKY-SCHULE
STADTTEILSCHULE ALTONA
ECKERNFÖRDER STRASSE 70**

u. a. mit

DORIS AHNEN, Bildungsministerin Rheinland-Pfalz

INKA DAMERAU, stv. SPD-Landesvorsitzende

TIES RABE, Schulsenator

DR. ERNST-DIETER ROSSMANN, Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

DR. DOROTHEE STAPELFELDT, Wissenschaftssenatorin

PROF. ROLF WERNSTEDT, Kultusminister Niedersachsen

GRUSSWORT: OLAF SCHOLZ, Erster Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender

Anmeldung an

kerstin.bake-voelsch@spd.de oder Tel. 28 08 48-74

BERLINDIREKT

MEHRHEIT FÜR VIELFALT – EHEÖFFNUNG JETZT!

von Johannes Kahrs, MdB

Die deutsche CSD-Saison hat begonnen. Der Name erinnert an einen Aufstand in der Christopher Street in New York im Jahre 1969. Zum ersten Mal weigerten sich Schwule und Lesben, sich den Schikanen der Polizei zu beugen und wehrten sich. Es kam zu Straßenschlachten, an deren Ende eine neue Befreiungsbewegung geboren war. Heute sind die CSD-Paraden nicht mehr gewalttätig, sondern wirken wie ein großes Fest. Tatsächlich handelt es sich aber um Demonstrationen, und sie sind immer noch notwendig. Bei der rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgendern wurde zwar schon viel erreicht, und auch in der Gesellschaft finden sich deutlich weniger Vorurteile und Hass als früher. Aber immer noch werden Schwule und Lesben diskriminiert, immer noch ist die Selbstmordrate homosexueller Jugendlicher viel höher, weil sie unter Angst und Ablehnung leiden müssen. Immer noch ist die Eingetragene Lebenspartnerschaft nicht der Ehe gleichgestellt. Lebenspartner

haben zwar dieselben Pflichten wie Ehegatten, aber nicht dieselben Rechte. Dass diese Ungerechtigkeit weiterbesteht, ist ein Herzensanliegen von CDU/CSU, und sie kann sich dabei auf das ewige Einknicken der FDP verlassen. Angela Merkel weiß: die Diskriminierung von Homosexuellen ist das einzige, was der von ihr entkernten CDU noch den letzten Anschein von Konservatismus belässt. Dafür müssen Schwule, Lesben und ihre Familien eben über die Klinge springen. Denn auch darum geht es: es wachsen inzwischen tausende Kinder in sogenannten Regenbogenfamilien auf. Auch ihnen verwehren die „familienfreundlichen“ Konservativen die gleichen Rechte. Sie debattieren auf der luftigen Höhe von abstrakten Prinzipien über „die Institution Ehe“. Es geht aber um echte Menschen!

Die SPD hat seit langem die Öffnung der Ehe beschlossen, und unter Federführung Hamburgs auch im Bundesrat durchgesetzt. Schwarzgelb ignoriert das. Am 3. August ist CSD in Hamburg.

Lasst uns auf den CSDs ein starkes Zeichen dafür setzen, dass Gerechtigkeit und Toleranz in dieser Gesellschaft die Mehrheit haben!



Von der Zukunft in die Vergangenheit: Hamburg hat viele Baudenkmäler. Nach der erfolgreichen Sanierung von St. Katharinen, konnte ich nun in Berlin Bundesmittel für die Restaurierung des Mahnmals St. Nikolai durchsetzen. Die neogotische Kriegerstätte prägt das Stadtbild und mahnt uns zum Frieden. Desweiteren setze ich mich für den Erhalt des ehemaligen Speichers auf der Peute – ein Denkmal sozialdemokratischen Genossenschaftswesens – und seinen Umbau in ein zentrales Archiv für die Hamburger Museen ein. Hier sind wir auf gutem Wege.

TERMINE

Montag, 3. Juni, 19 Uhr
SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
ZUWANDERUNG – CHANCEN UND
HERAUSFORDERUNGEN

u.a. mit **Ksenija Bekeris, MdHB, Kazim Abaci, MdHB** sowie **Rüdiger Veit, MdB**
Hamburger Rathaus | Kaisersaal

Montag, 10. Juni, 18 Uhr
FORUM INTERNATIONALE POLITIK
ZUR ZUKUNFT DER DEUTSCHEN
AUSSEN- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK
IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG

Mit **Ortwin Runde, Erster Bürgermeister a. D., Christa Randzio-Plath, MdEP a. D.** und **Niels Annen, Bundestagskandidat**
Hotel Baseler Hof | Gartensaal
Esplanade 15

Freitag, 14. Juni, 17 Uhr
FRÜHJAHRSGESPRÄCH DER AFA
BETRIEBSRÄTE IN MITTELSTÄNDISCHEN
UNTERNEHMEN

Mit **Johannes Kahrs, MdB, Jan Eulen, IG BCE-Vorsitzender Hamburg, Emanuel Glass, IG Metall** und **Uwe Grund, DGB-Vorsitzender Hamburg**
DGB Bildungswerk Besenbinderhof
Besenbinderhof 56

Samstag, 15. Juni, 11–13 Uhr
RÜCKKAUF DER ENERGIENETZE
Informations- und Diskussionsveran-
staltung mit **Stadtentwicklungs- und
Umweltsenatorin Jutta Blankau** und
**Dr. Andreas Dressel, Vorsitzender der
SPD-Bürgerschaftsfraktion**
Barmbek^{Basch} | Wohldorfer Straße 30

Mittwoch, 19. Juni, 17.30 Uhr
FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
DIE LANGE NACHT DER
SOZIALEN DEMOKRATIE
u.a. mit **Niels Annen, Dr. Matthias
Bartke, Christian Carstensen, Metin
Hakverdi** und **Aydan Özoğuz**
Hühnerposten 1a

TALK ZUR WAHL OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH MIT...

METIN HAKVERDI
Kandidat für Harburg-Bergedorf
Mittwoch, 7. Juni, 18 Uhr
Feuervogel-Bürgerzentrum Phoenix
Maretstraße 50

DR. MATTHIAS BARTKE
Kandidat für Altona
Dienstag, 11. Juni, 19.30 Uhr
Goethe-Gymnasium | Rispeweg 28

AYDAN ÖZOĞUZ
Bundestagsabgeordnete für Wandsbek
Donnerstag, 26. Juni, 19 Uhr
Bürgersaal Wandsbek
Am Alten Posthaus 4

16 MONATE AUFKLÄRUNG ZEIT FÜR KONSEQUENZEN

von **Aydan Özoğuz, Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion,**
stellv. Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss

Mit der letzten öffentlichen Sitzung am 16. Mai 2013 beendete der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund seine öffentliche Beweisaufnahme. 16 Monate hat der Untersuchungsausschuss in parteiübergreifender Einigkeit nach Ursachen und Erklärungen für das Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden – bei einer in Deutschland einzigartigen Mordserie von drei Rechtsterroristen – gesucht. Innenminister von Bund und Ländern, Staatssekretäre, Staatsanwälte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verfassungsschutzämtern und Polizei standen im Ausschuss Rede und Antwort. Oft war das dargebotene Bild erschreckend und ernüchternd – keine Einsicht, dass Fehler gemacht wurden, kein Bedauern, keine Entschuldigung. Nur von wenigen Zeuginnen und Zeugen konnte man ehrliches Bedauern und Betroffenheit über das Scheitern ihrer Ermittlungen vernennen. Schredderaktionen im Bundesamt für Verfassungsschutz, chaotische Zustände und Pannen bei der Aktensuche im Nachgang sowie mangelhafte Auskunftsbereitschaft von Behörden gegenüber dem Untersuchungsausschuss haben auch nach dem Aufdecken der Mordserie ein schlechtes Licht auf den Zustand unserer Sicherheitsbehörden geworfen. Einige Verantwortliche mussten daraufhin bereits ihren Hut nehmen. Der Nährboden für Verschwörungstheorien ist so natürlich aber nicht kleiner geworden. Es bleibt dennoch zu konstatie-

ren, dass der Untersuchungsausschuss bei aller Kritik an der Arbeitsweise der Behörden keinerlei Belege für Verstrickungen von staatlichen Stellen in die Mordserie gefunden hat. Der Untersuchungsausschuss wird nun einen Abschlussbericht erstellen und diesen am 3. September im Plenum des Deutschen Bundestages debattieren. Der Aufklärung müssen jetzt Taten folgen!

Ein Schritt in die richtige Richtung war sicherlich die Schaffung eines gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus und die Rechtsextremismusverbunddatei. Klar ist aber heute schon, dass noch an vielen weiteren Punkten angesetzt werden muss: bessere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste, Reform des Verfassungsschutzes, klarere und verbindliche Vorgaben für Ermittlungen bei Opfern mit Migrationshintergrund und natürlich stärkere Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden für rechtsextreme Gefahren. Aber auch gegen den Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft müssen wir ankämpfen, die Präventionsarbeit stärken und eine bessere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Fremdenhass, Antisemitismus und Rechtsextremismus erreichen. Hier versagt die schwarz-gelbe Bundesregierung seit Jahren: Sie spart bei der politischen Bildungsarbeit und den Programmen gegen Rechtsextremismus, ebenso ist die umstrittene Extremismusklausel ein Schlag ins Gesicht der engagierten Zivilgesellschaft!

SPD HAMBURG TRAUERT UM PETER SCHULZ



* 25. April 1930
† 17. Mai 2013

Mit tiefer Trauer und Betroffenheit hat die Hamburger SPD die Nachricht vom Tod des Alt-Bürgermeisters Peter Schulz aufgenommen. Er verstarb am 17. Mai 2013 im Alter von 83 Jahren.

Mit Peter Schulz verlieren wir eine große Hamburger Persönlichkeit, einen leidenschaftlichen Kämpfer für die Demokratie. Als Abgeordneter, Erster Bürgermeister und als Bürgerschaftspräsident hat er sich über viele Jahrzehnte hinweg mit voller Kraft für seine Stadt Hamburg eingesetzt, immer in bester hanseatischer Nüchternheit und Gelassenheit. Peter Schulz war ein freundlicher und zugewandter Mann, ein Menschenfreund, den Mitstreiter wie Kontrahenten immer wegen seiner hohen moralischen Integrität geschätzt haben.

Peter Schulz wird uns fehlen. Wir haben ihm viel zu verdanken. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Angehörigen.

Peter Schulz wurde 1961 Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft. 1966 wurde er in den Hamburger Senat gewählt, dem er dann von 1971 bis 1974 als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg vorstand. 1978 wurde Peter Schulz einstimmig zum Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft gewählt – er übte dieses Amt bis 1986 aus.

FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

WIR SIND FÜR SIE DA!
DAS SPD-BÜRGERBÜRO

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag
jeweils 14–16 Uhr

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Tim O. Petschulat

Redaktion
Lars Balcke
Doreen Kerinnis

**Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe**
19. Juni 2013

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg